

2010; Bebbington et al. 2008). Andere Autor:innen weisen darauf hin, dass sich die Programme zur Förderung lokaler Entwicklung vor allem in abgelegenen Regionen, in denen eine staatliche Daseinsvorsorge schwach ausgeprägt ist, positiv auf lokale Entwicklungsprozesse auswirken können. Dies habe zur Folge, dass die Gemeinden in den Abbauregionen ihre Forderungen nach Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zunächst an die Unternehmen richteten und nicht an den Staat (Banks et al. 2016: 251; Cheshire 2010; Eweje 2006).

Zu (3): Zahlreiche Arbeiten haben die Bedeutung des industriellen Bergbaus für die nationalen Ökonomien Lateinamerikas untersucht. Hingegen gibt es nur wenige sozialwissenschaftliche Studien, die die Bedeutung der Abgaben der Bergbauunternehmen für die öffentlichen Haushalte in den Abbauregionen analysieren (Arellano-Yanguas 2008, 2011; Ponce/McClintock 2014). Für Peru hat Arellano-Yanguas (2011, 2012) herausgearbeitet, zu welchem Anteil die Gebietskörperschaften, in denen sich eine Mine befindet, an den Lizenzgebühren der Bergbauunternehmen partizipieren (Álvarez Huwiler et al. 2015). Der Autor konnte zeigen, dass die Verteilung der staatlichen Einnahmen aus dem Bergbausektor – der sogenannte *canon minero* – zu einer Erweiterung der Gemeindehaushalte in den Abbauregionen führt und den Lokalregierungen weitere Handlungsspielräume gegenüber der Nationalregierung Perus einräumt, gleichzeitig aber auch Konflikte über die Verteilung der Einnahmen aus dem Bergbausektor auf lokaler Ebene befördert (Arellano-Yanguas 2011). Für Argentinien legen weitere Autor:innen dar, dass der Anteil von Lizenzgebühren aus dem Bergbau sich nach der provinzspezifischen Regulierung des Bergbausektors richtet (Álvarez Huwiler et al. 2015; Murguía/Godfrid 2019). Gervasoni (2010) stellt fest, dass Einkünfte aus dem Rohstoffsektor die politische Autonomie von Provinzregierungen gegenüber der Regierung in Buenos Aires stärken und Patronage-Politik befördern können.

2.4 Forschungslücken und Anknüpfungspunkte

Der in diesem Kapitel von mir aufgeführte Stand der Forschung zeigt, dass die Ausweitung des industriellen Bergbaus in Lateinamerika in verschiedenen Literaturdiskussionen große Aufmerksamkeit erfahren hat. In diesem Zusammenhang lassen sich drei Forschungslücken feststellen, an die meine Arbeit anknüpft.

Erstens liefern Arbeiten, die sich mit der Ausweitung des industriellen Bergbaus in Lateinamerika beschäftigen, Erklärungsansätze zu den politischen und ökonomischen Faktoren, die ab Mitte der 1990er Jahre einen Bergbauboom beförderten. Zudem geben empirische Studien Einblicke darin, welche Konflikte in Reaktion auf die Ausweitung industrieller Bergbauvorhaben an den Orten der Rohstoffextraktion entstehen. Weitestgehend unberücksichtigt bleibt hingegen die Rolle, die Bergbauunternehmen jenseits der eigentlichen Rohstoffförderung in den Abbauregionen spielen. Eine zentrale Forschungslücke besteht hinsichtlich der Frage, welche Strategien Bergbauunternehmen verfolgen, um Konflikte zu verhindern und soziale Akzeptanz in den Abbauregionen zu organisieren. Hier bedarf es einer Auseinandersetzung mit dem Handeln von Bergbauunternehmen und deren Auswirkungen auf lokale Demokratie und Entwicklungsprozesse in den Abbauregionen. Um diese analytische Engführung aufzubrechen, untersucht meine Arbeit die Interaktionsbeziehungen zwischen Bergbauunternehmen, Vertreter:innen politischer Institutionen und weiterer Einrichtungen in den Gemeinden der Abbauregion. Dabei steht die Frage im Zentrum, welche Strategien Unternehmen verfolgen, um soziale Akzeptanz für ihre Bergbauaktivitäten zu erzeugen, und welche Auswirkungen mit dem Handeln der Bergbauunternehmen für lokale Demokratie und Entwicklung einhergehen.

Zweitens beschäftigen sich Arbeiten aus der CSR-Forschung mit den Strategien und Zielsetzungen von Unternehmen und analysieren diese im Rahmen der unternehmerischen gesellschaftlichen Verantwortung. Dabei wird das Verhältnis der Unternehmen zu den Gemeinden in der Abbauregion vorwiegend aus einer Management- und technizistischen Perspektive betrachtet. Gesellschaftliche Strukturen, politische Machtverhältnisse und kulturelle Spezifika bleiben weitestgehend unberücksichtigt. Bestehende Arbeiten aus der CSR-Forschung erklären nicht, welche Machtasymmetrien bereits in die unternehmerischen Strategien eingeschrieben sind und wie diese in den Abbauregionen auch geographische, soziale oder politische Ungleichheiten vertiefen können. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es jedoch, die unternehmerischen Strategien nicht als Form des Risikomanagements zu begreifen, sondern zu verstehen, in welchen gesellschaftlichen und politischen Bereichen Bergbauunternehmen diese in den Abbauregionen umsetzen und welchen Einfluss sie mit unterschiedlichen unternehmerischen Strategien auf lokale Politikprozesse nehmen können.

Drittens zeigt die Zusammenführung der Literatur, die sich sowohl theoretisch als auch empirisch mit der Einflussnahme von Bergbauunternehmen

auf (lokale) Politik auseinandersetzt, dass diese Forschungsbereiche weitestgehend nebeneinanderstehen. Die theoretische Governance-Debatte berücksichtigt die Vielfalt an Akteuren, untersucht aber vor allem ihren Einfluss auf nationale oder internationale Politik, ohne die lokalen Strukturen und Machtverhältnisse mit einzubeziehen. Anthropologische Governance-Arbeiten hingegen vermögen es, den Einfluss von Unternehmen über konkrete Praktiken auf lokaler Ebene zu fassen, und hierbei gleichermaßen formal verfasste als auch informelle Wege des Einflusses auf Politik zu berücksichtigen. Offen bleibt in dieser Debatte, wie die lokalen Prozesse in übergeordnete politische Phänomene eingebettet sind. Empirische Arbeiten zur Ausweitung des industriellen Bergbaus in Lateinamerika registrieren den Einfluss von Bergbauunternehmen auf Politik und Gesellschaft in den Abbauregionen und analysieren damit einhergehende Transformationsprozesse in den Abbauregionen. Welche demokratie- und entwicklungspolitischen Folgen mit dem Handeln der Bergbauunternehmen einhergehen, wird hingegen kaum analysiert. Jedoch ist gerade ein Verständnis über die demokratie- und entwicklungspolitischen Auswirkungen, die mit der Präsenz von Bergbauunternehmen in den Abbauregionen einhergehen können, relevant, um die Auswirkungen jenseits von sozialökologischen Konsequenzen des industriellen Bergbaus zu verstehen. Auf theoretischer Ebene ist es deshalb erforderlich, die bestehende Governance-Diskussion in der Politikwissenschaft um kritische Perspektiven zu erweitern, um diese für die Analyse unternehmerischen Handelns im Kontext der Ausweitung des Bergbaus fruchtbar zu machen. Mit dieser Erweiterung leistet meine Arbeit einen Beitrag dazu, das konkrete Handeln von Bergbauunternehmen in den Abbauregionen zu identifizieren und hinsichtlich dessen Auswirkungen für lokale Demokratie- und Entwicklungsprozesse zu untersuchen.

